

Google Street-View

Eingriff in die Privatsphäre der BürgerInnen muss verhindert werden



Seit Sommer 2008 nimmt der Internetkonzern Google auch in Deutschland Bilder für seinen neuen Internetdienst Google Street-View auf. Künftig sollen über den Suchdienst Google nicht nur detaillierte Straßenkarten und Satellitenbilder aus aller Welt, sondern auch Außenaufnahmen aller zugehörigen Häuser und Wohnungen für Jedermann abrufbar sein. Google hat sich damit endgültig zum größten Sammler privater Daten aufgeschwungen.

Bedenkliche Datensammler

Seit Jahren beobachten Datenschützer die Entwicklung bei Google mit großer Sorge. Denn bereits frühere Programme des Internetdienstes dienten vor allem auch dem massenhaften Sammeln von Benutzerdaten. Wer konsequent Programme wie die Google Toolbar, den Newsreader, den Web Accelerator, Google Desktop oder Google Mail verwendet, hinterlässt auf Dauer digitale Spuren, die insbesondere für Werbeunternehmen von großem Interesse sind. Vielfach vergessen die NutzerInnen dabei, dass es sich bei Google um ein profitorientiertes, börsennotiertes Unternehmen handelt. Schon mehrfach gerieten in der Vergangenheit verschiedene Anbieter von Internetdiensten wegen der Weitergabe von Nutzerdaten zur kommerziellen Verwendung in die Schlagzeilen. Zwar beteuert Google immer wieder, bislang keine Profile einzelner InternetnutzerInnen gespeichert zu haben, zumindest technisch wäre das Unternehmen dazu aber problemlos in der Lage. In den Vereinigten Staaten beispielsweise müssen solche Daten bereits heute zum Zwecke der Terrorabwehr an die Behörden herausgegeben werden. Die NutzerInnen erfahren davon nichts.

Was Google genau tut, weiß niemand

Gegen die Aufnahmen für Google Street-View regte sich von Beginn an Protest in fast allen deutschen Kommunen. Denn die Erfahrungen aus den USA und anderen europäischen Ländern zeigten bereits im Vorfeld, dass die Kameras von Google keineswegs nur die Fassaden von Häusern erfassen, sondern natürlich auch alle Menschen, die sich zum Zeitpunkt der Aufnahmen im Blickfeld der Kameras befanden. Erst nach massiven Protesten von Datenschützern versprach Google, vor der Veröffentlichung alle Aufnahmen

von Personen zu anonymisieren. Damit nicht genug, wurde im Frühjahr 2010 bekannt, dass Google neben Aufnahmen der Straßenzüge auch private Computernetze erfasst. Dabei kam es zu einer bedenklichen „Panne“ des Internetanbieters: Nicht nur die W-LAN-Daten, sondern ganze Internetadressen und sogar Teile privater E-Mails wurden nach Aussagen des Konzerns „versehentlich“ aufgezeichnet. Welche Daten Google tatsächlich sammelt, verschweigt der Konzern jedoch weiterhin. Zuletzt wurde bekannt, dass neben den Kameraaufnahmen auch alle Gebäude per Laser abgetastet wurden, um später dreidimensionale Modelle erstellen zu können. Der Aufforderung, die Technik der von Google für die Aufzeichnungen verwendeten Autos offenzulegen, kam man bislang nicht nach. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft in Hamburg, dem deutschen Firmensitz des US-Unternehmens, ob Google gegen § 202b des Strafgesetzbuches verstoßen und unbefugt private Daten abgefangen hat. Außerdem forderte der Hamburger Datenschutzbeauftragte das Unternehmen auf, sämtliche Daten aus privaten Netzwerken bis Ende Mai der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Löschung zu übergeben.

Versäumnisse der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat es bis heute versäumt, effektiv gegen die Datensammelwut und die zahlreichen Datenschutzverstöße vorzugehen. Trotz des breiten Protests vieler Kommunen erklärte sich die Bundesregierung für nicht zuständig und verwies auf die Datenschutzbehörden der Bundesländer. DIE LINKE fordert, dass die gesammelten Daten sofort und vollständig gelöscht werden. Eine unabhängige Überprüfung der Google-Software und die Offenlegung des Umfangs der Protokollierung und Auswertung persönlicher Daten des E-Mail-Verkehrs sind überfällig.

Was können Sie selbst gegen Google Street-View tun?

Um zu verhindern, dass Google auch Aufnahmen von ihrem Wohnsitz macht, müssen Sie Widerspruch gegen die Veröffentlichung der Aufnahmen des von ihnen bewohnten Hauses einlegen. Einen Musterwiderspruch erhalten sie in der Ratsfraktion der LINKEN, Leinstraße 16, 30159 Hannover.

